



EU-USA Gipfeltreffen

Am 22. Februar 2005 wird der Präsident der Vereinigten Staaten George W. Bush zu offiziellen Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Union (EU) in Brüssel erwartet. Es handelt sich dabei um die erste Auslandsreise des US-Präsidenten nach seiner Wiederwahl. Bush trifft dort mit dem EU-Ratsvorsitzenden, dem Europäischen Rat (ER) und dem Präsidenten der Europäischen Kommission zusammen.

Die engen politischen, ökonomischen und militärischen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa lassen sich bis in die Zeit des Marshall-Plans und der Gründung der NATO zurückführen. Von Anfang an war der europäische Einigungsprozess eingebettet in das transatlantische Bündnis. Diplomatische Beziehungen zwischen der EU und ihren Vorläufern und den USA existieren bereits seit den fünfziger Jahren in Form eines offiziellen Beobachters der US-Regierung bei der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Anfang der sechziger Jahre wurde eine US-Mission bei den Europäischen Gemeinschaften eingerichtet. Die Europäische Kommission ihrerseits ist seit 1954 mit einer Delegation in Washington D.C. vertreten. Sie vertritt die Kommission bei der US-Regierung in allen Fragen im Bereich der Gemeinschaftskompetenzen und unterrichtet die Zentrale in Brüssel über die amerikanische Politik. 1990 vereinbarten die EG und die USA in der „Transatlantischen Erklärung“ regelmäßige Treffen auf Präsidenten- und Außenministerebene sowie intensiviertere diplomatische Kontakte. Auf der Ebene der Außenminister finden diese Treffen inzwischen viermal jährlich statt. 1995 einigten sich die USA und die EU mit der „Neuen Transatlantischen Agenda“ (NTA) auf eine noch engere politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit. Seitdem koordinieren beide Seiten ihre Bemühungen zur Befriedung der Balkanregion und bei der Fortsetzung des Friedensprozesses im Nahen Osten. Im Juni 2001 kam es beim ER in Göteborg erstmals zu einem Treffen des US-Präsidenten Bush mit den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten. Der letzte EU-USA Gipfel fand im Juni 2004 in Irland statt.

Die Agenda des diesjährigen Gipfeltreffens umfasst den Irakkrieg, den Iran-Konflikt, China, den Nahen Osten, wirtschafts- und handelspolitische Themen und die künftige Ausgestaltung des transatlantischen Verhältnisses. Gegenstand der Konsultationen wird auch der künftige Status des Kosovo sein. Die EU sieht in dem Besuch des amerikanischen Präsidenten ein positives Signal, das transatlantische Verhältnis nach den Meinungsverschiedenheiten über das Vorgehen gegen das diktatorische Regime des Iraks zu erneuern. Indikator für die Überwindung der Differenzen war bereits die Teilnahme der EU an der internationalen Geberkonferenz für den Irak in Madrid und die Zusage von 1,46 Mrd. US-\$ für den Wiederaufbau des Landes. Außer dieser Finanzhilfe beabsichtigen die Europäer, sich im Rahmen der NATO an der Ausbildung von 800 irakischen Polizisten und Verwaltungsbeamten zu beteiligen. Auch die ersten freien Wahlen im Irak am 30. Januar 2005 wurden von der EU finanziell unterstützt.

Zusammen mit den Vereinigten Staaten, Russland und den VN ist die EU Mitinitiator des Nahost-Friedensplans. Die sog. Road Map zielt auf die Gründung eines eigenständigen Palästinenserstaates. Nach den Rückschlägen in den vergangenen Jahren scheinen sich nun wieder Möglichkeiten für gemeinsame amerikanisch-europäische Anstrengungen zur Beilegung des Nahost-Konfliktes zu eröffnen.

Hinsichtlich des iranischen Atomprogramms bemüht sich die EU unter der Führung von Deutschland, Frankreich und Großbritannien um eine diplomatische Lösung des Konflikts. Die EU erhielt im November 2004 von der iranischen Regierung die Zusage, das Atomprogramm bis März oder längstens bis Juni dieses Jahres auszusetzen. Die amerikanische Regierung begrüßt zwar die Bemühungen der EU-3, schließt jedoch einen Militärschlag als eine mögliche Option grundsätzlich nicht aus.

Transatlantische Meinungsunterschiede gibt es auch in der Frage des Waffenembargos gegenüber der Volksrepublik China. Einige EU-Mitgliedstaaten streben eine Aufhebung des Embargos an, das 1989 nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung verhängt wurde. Die USA stehen diesem Vorschlag mit Blick auf die dort nach wie vor unbefriedigende Menschenrechtslage ablehnend gegenüber.

In Bezug auf die Fortentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) herrschen ebenfalls Differenzen zwischen den USA und der EU. Um der amerikanischen Befürchtung einer Verdopplung der Verteidigungsstrukturen zu begegnen, beschloss der ER im Dezember 2003 den Ausbau der Verbindungen zwischen Nato- und EU-Planungseinrichtungen sowie die Stärkung der europäischen Planungs- und Führungsfähigkeiten. Weitere transatlantische Streitpunkte herrschen in Fragen der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs und des Kyoto-Protokolls.

Trotz dieser Differenzen bleiben die USA der wichtigste politische und wirtschaftliche globale Partner der EU. Neben der starken kulturellen Verbundenheit bekennen sich beide Seiten zu den Werten der Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Gemeinsam sehen sie sich als „offene Gesellschaften“ globalen Bedrohungen wie dem internationalen Terrorismus, der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, einem ansteigenden Drogenmissbrauch und den mit einem Anwachsen der Organisierten Kriminalität verbundenen Gefahren ausgesetzt.

Auch in ökonomischer Sicht sind die USA und die EU die jeweils wichtigsten Handels- und Wirtschaftspartner füreinander. Zwischen ihnen werden mittlerweile 40 % des globalen Handels ausgetauscht. 2003 exportierten die EU Güter und Waren im Wert von 226 Mrd. € in die USA. Dies entspricht mehr als einem Viertel aller Exporte der EU-Mitgliedstaaten. Im gleichen Zeitraum importierte die EU aus den USA Güter und Waren in Höhe von 157 Mrd. €. Auch im Bereich der Direktinvestitionen zeigt sich die enge Verflechtung der beiden Volkswirtschaften. So beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen der EU in den USA im Jahr 2003 auf 890 Mrd. € und die US-amerikanischen Investitionen in der EU auf 650 Mrd. €. Gleichwohl herrschen in den Wirtschaftsbeziehungen neben Kooperation und einem Ausbau der Handelsbeziehungen auch Rivalität und Protektionismus. Dies gilt z.B. für Zuschüsse im Agrarsektor und für die Luft- und Raumfahrtindustrie. Im Verhältnis zum Gesamthandelsvolumen stellen die umstrittenen Waren und Dienstleistungen mit ca. 3 % jedoch einen eher geringen Anteil dar.

Quellen- und Literaturverzeichnis:

- www.europa.eu.int/comm/external/us/intro/index.htm
- Werner Weidenfeld/Caio Koch-Weser/u.a. (Hrsg.): From Alliance to Coalitions - The Future of Transatlantic Relations, Gütersloh 2004.
- Stephan Bierling: Transatlantische Beziehungen, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004, Bonn 2004, S. 279-284.

Verfasser/-in: VA Dr. Jörg Schneider; Prakt. Klara-Simone Masset, Fachbereich XII – Europa